

Der Bayerische Sozialbericht ist eine Grundlage dafür, ein gerechtes Bayern zu verwirklichen. Im Lichte des wohlhabenden Landes Bayern gibt es leider noch viel zu viel Schatten. Das muss sich ändern.

Rede von Christa Steiger
Sozialpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion,
im Plenum des Bayerischen Landtags
12. Februar 2009

Die Aussage von Max Weber, Sozialpolitik sei das Bohren dicker Bretter mit Leidenschaft und Ausdauer zugleich, kann man in Sachen Bericht zur sozialen Lage so auslegen: Die Leidenschaft der Staatsregierung, diesen Bericht endlich vorzulegen, war bisher etwas unterentwickelt.

Unsere Leidenschaft und Ausdauer, diesen Bericht immer wieder einzufordern, war umso größer.

Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich bitte einiges zur Historie des Berichts sagen. Wir haben zwei neue Fraktionen und viele neue Kolleginnen und Kollegen hier im Hohen Hause, die diese Geschichte nicht kennen.

Seit Anfang der neunziger Jahre fordern wir, die SPD-Fraktion, den Sozialbericht. 1996 gab es einen einstimmigen Beschluss aller Fraktionen des Landtags, dass in jeder Legislaturperiode ein Bericht vorgelegt werden müsse. 1998 lag der Bericht vor. 1999, nach der Wahl, wurde er dem Landtag offiziell vorgestellt. Ich will nur zwei Punkte nennen, die damals schon bezeichnend waren und es heute immer noch sind. Es sind die großen regionalen Disparitäten und die Bildungsarmut.

Zehn Jahre lang haben Sie sich mit fadenscheinigen Begründungen geweigert, diesen Bericht vorzulegen. Eine Ausrede lautete: Wegen der Umstellung der Sozialgesetzgebung im Bund erstelle Bayern keinen Sozialbericht; trotzdem hat der Bund seinen Armutsbericht vorgelegt. Die zweite Ausrede war, dass der Sozialbericht zu teuer sei. Auch das ist falsch, denn nur mit einem entsprechenden Wissen können wir handeln.

Jedenfalls haben wir jetzt den Bericht. Er wurde noch im Sommer vor der Sommerpause und vor der Wahl angekündigt. Dann wurde er nach der Wahl im Herbst angekündigt. Im Koalitionsvertrag steht, dass er noch 2008 gegeben werden solle. Dann hieß es Ende Januar, jetzt haben wir Anfang Februar, und seit vorgestern Abend haben wir den Bericht.

Ich möchte nicht versäumen, meinen Dank an die Wissenschaftler, die Institute, die Verbände, die Sozialpartner und auch an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Ministerien für dieses umfangreiche Werk zu sagen.

Frau Ministerin, Sie haben erst vor 40 Stunden diesen Bericht mit 800 Seiten, Daten, Fakten, Analysen und Bewertungen dem Parlament vorgelegt und geben heute dazu eine Regierungserklärung ab. Mit diesem Vorgehen haben Sie keinen guten Einstand gegeben. Das muss ich Ihnen sagen.

Erst zögern Sie den Bericht monatelang hinaus, weil Sie noch ganz neue Daten einfügen müssten, obwohl im Koalitionsvertrag steht, dass der Bericht jährlich fortgeschrieben wird. Dann aber gibt es diese plötzliche Eile. Was ist das für ein Umgang mit den betroffenen Menschen, den Verbänden, den Organisationen, den Sozialpartnern und nicht zuletzt mit dem Parlament?

Wenn das der neue Stil ist, den Herr Ministerpräsident Seehofer angekündigt hat, kann ich nur sagen: das ist kein guter Stil.

Selbstverständlich können Sie es so machen, wie Sie es gemacht haben. Ich beanspruche aber auch für mich die Selbstverständlichkeit, dieses Handeln zu kritisieren.

Bayern ist kein armes Land. Ein Teil der Bevölkerung aber lebt in Armut oder ist von Armut bedroht.

Bayern ist kein armes Land. Im Gegenteil, einem Teil der Bevölkerung geht es sehr gut. Ein Teil ist mit seiner Lage im Großen und Ganzen zufrieden. Ein Teil der Bevölkerung aber lebt in Armut, in relativer Armut oder ist von Armut bedroht. Diesem Teil der Bevölkerung gilt unsere besondere Aufmerksamkeit und unser besonderes Augenmerk.

Frau Ministerin, Sie vergleichen Bayern gerne mit dem Bund und mit anderen Bundesländern, natürlich mit handverlesenen Ländern, und das ist aus Ihrer Sicht auch legitim. Was hilft es aber dem von mir angesprochenen Teil der Bevölkerung, wenn Sie sagen, dass es dem Durchschnittsbayern besser geht als Menschen in anderen Ländern? Das hilft Ihnen gar nichts. Das ist genauso, wie wenn Sie eine Hand in den Kühlschrank strecken und eine Hand auf die heiße Herdplatte legen und sagen, dass Sie in der Mitte eine vernünftige Durchschnittstemperatur haben.

Wir haben ein Armutsrisiko bei 10,9 % der Bevölkerung insgesamt, bei 18 % der Rentnerinnen und Rentner, bei über 23 % der Alleinerziehenden und bei 25 % der Menschen mit Migrationshintergrund. Kann sich das ein wohlhabendes Land wie Bayern leisten? Selbstverständlich kann es sich das nicht leisten.

Die Schere zwischen den einzelnen Regionen ist weit geöffnet.

Lassen Sie mich mit zwei Schwerpunkten befassen, nämlich mit der regionalen Situation und mit dem vorhin angesprochenen betroffenen Personenkreis.

Wer ist von Armut bedroht? Wem müssen wir Perspektiven bieten? Wo muss dringend etwas getan werden? Es sind die Alleinerziehenden, die Familien mit mehreren Kindern

und meistens nur einem Einkommen, die Menschen mit Migrationshintergrund, die Kinder und Jugendlichen aus sozial schwächeren Familien, die Rentner und vor allen Dingen Rentnerinnen, die Langzeitarbeitslosen und die Menschen, die im Niedriglohnsektor beschäftigt sind. Diese Lage ist seit zehn Jahren nahezu unverändert. Das ist der eigentliche Skandal. Seit zehn Jahren ist die Situation nahezu unverändert. Frau Ministerin, Sie sind in keiner Weise auf die regionalen Unterschiede eingegangen.

Die Schere zwischen den einzelnen Regionen ist weit geöffnet. Seit zehn Jahren hat sich nichts verbessert. Im Gegenteil. Wir haben bei den Einkommen zwischen Oberbayern und Niederbayern einen Unterschied von 20 %.

Wir haben unterschiedliche Lebenserwartungen in Nordbayern und in Südbayern. Wir haben sehr unterschiedliche Arbeitslosenquoten in Oberbayern, Oberfranken und Mittelfranken. Selbst die bundesweit besten Werte helfen den Menschen in Hof, in Wunsiedel und Westmittelfranken herzlich wenig, wenn sie keine Arbeit haben. Sie hängen den ländlichen Raum ab.

Gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen in allen Landesteilen sind ein hehres Ziel.

Im Bericht steht etwas ganz interessantes: Es gibt eine strategisch ausgerichtete Politik für die ländlichen Räume. Da frage ich Sie: Wo, wie und was bitte? Meinen Sie damit das Schließen der Teilhauptschulen und der Hauptschulen? Meinen Sie damit die fehlende Infrastruktur? Meinen Sie damit ein kritikwürdiges BayKiBiG? Meinen Sie damit die fehlende Finanzkraft der Kommunen? Die soziale Lage eines Landes ist auch davon abhängig, ob eine Kommune für Familien, Kinder, Jugendliche und alte Menschen ihre Aufgaben erfüllen kann. Von familienfreundlichen freiwilligen Leistungen gar nicht erst zu reden.

Gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen in allen Landesteilen sind ein hehres Ziel. Davon sind wir aber sehr weit entfernt. Das ist meiner Meinung nach auch ein Grund dafür, dass dieses Problem im nächsten Sozialbericht vertieft untersucht werden muss. In Bayern erhält fast eine halbe Million Menschen Leistungen nach dem SGB II; Kinder unter 15 Jahren sind es 130.000, Aufstocker sind es 100.000. Es ist richtig, dass wir die wenigsten Bezieher des Arbeitslosengeldes II haben, aber wir haben auch einen deutlichen Zuwachs an Niedrigeinkommen. Kolleginnen und Kollegen, die Armutsfalle ist Realität, trotz Berufstätigkeit, trotz Vollzeitberufstätigkeit, trotz ergänzender Sozialleistungen. Deshalb steht für uns der Mindestlohn nach wie vor auf der Agenda.

In einem Land wie Bayern müssen Menschen, die ganztags arbeiten, von ihrem Lohn leben können. Der Niedriglohn führt dann auch zu einer Niedrigrente. Ich sage hier ganz deutlich: Der Kombilohn ist der falsche Weg. Die Forderung des Wirtschaftsministers nach dem Kombilohn ist es deshalb ebenso.

Ganz interessant ist das Zitat von Herrn Ministerpräsidenten Seehofer. Er sagte: Der Kombi-Lohn macht aus dem Sozialstaat den Sozialhilfestaat. Da hat der Ministerpräsident recht. Ich bin gespannt, wer sich bei Ihnen durchsetzt.

Wir wollen, dass der Kindergarten für die Eltern kostenfrei ist.

Kolleginnen und Kollegen, der Schlüssel, nicht in die Armutsfalle zu geraten, ist der Zugang zu Bildung, zu Ausbildung und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Deshalb ist auch

der Ausbau der Kinderbetreuung, auch für die Betreuung von Kindern unter drei Jahren so wichtig. Bei den Kindern unter drei Jahren hat Bayern aber ein gewaltiges Defizit.

Frau Ministerin, Sie verschweigen in Ihrem Bericht schamhaft, wie hoch der Bundesanteil ist. Sie reden von 100 Millionen Euro, die der Freistaat Bayern finanziert. Der Bund finanziert 360 Millionen Euro, davon haben Sie gerade einmal 13 Millionen Euro abgefordert.

Der sehr gute Bildungs- und Erziehungsplan ist mit dem BayKiBiG in der jetzigen Form nicht umzusetzen, auch das muss man sagen. Ich erwähne aber auch lobend, dass Sie unsere Forderung nach einem besseren Anstellungsschlüssel im Kindergarten endlich gefolgt sind. Sie wollen auch die Kosten mittragen, aber den Schlüssel 1 : 10 haben wir noch lange nicht!

Ja, der Weg ist das Ziel. Wir wollen das Ziel aber noch in absehbarer Zeit erreichen, Herr Schmid! Wir wollen, dass der Kindergarten für die Eltern kostenfrei zu stellen ist.

Wir wollen ein Mittagessen, auch in den Kindergärten. Die Förderung der Sprachkompetenz ist ausbaufähig, gerade für Kinder mit Migrationshintergrund, aber auch für Kinder ohne Migrationshintergrund. Das sollten wir nicht vergessen.

In keinem Bundesland - Sie von der CSU mögen ja Vergleiche ganz gern -, ist die soziale Barriere zu höherer Schulbildung so hoch wie in Bayern.

In keinem Land ist die Schule so ein Experimentierfeld auf dem Rücken der Kinder geworden wie hier. Das muss man einmal laut und deutlich sagen.

Der Geldbeutel der Eltern darf nicht über die Schullaufbahn entscheiden

Der soziale Status und der Geldbeutel der Eltern entscheiden letztendlich über die Schullaufbahn, auch das wird im Sozialbericht wieder deutlich bestätigt. 8 % der Kinder verlassen die Schule ohne Abschluss. Die Durchlässigkeit nach oben ist kaum gegeben, nach unten hingegen jederzeit. Wir haben ein Phänomen, das Sie mit Ihrem starren Festhalten an dem dreigliedrigen Schulsystem nachdenklich stimmen muss: Wir haben überdurchschnittlich viele Wiederholer in den Abschlussklassen. Im Vergleich zum Bund haben wir unterdurchschnittlich wenig Wiederholer in den unteren Klassen der Grundschule und in den Hauptschulklassen. Wir haben aber überdurchschnittlich viele in den Abschlussklassen!

Kinder mit Migrationshintergrund bleiben auf der Strecke. Wir haben die niedrigste Abiturientenquote im Bundesvergleich. Auch hier gibt es regional große Unterschiede.

Sie schließen wohnortnahe Schulen, Sie lassen keine Regionalschulen zu, und dann sagt der Wissenschaftsminister, in der "Süddeutschen Zeitung" zu lesen, er wolle jeden dritten Bayern - ich gehe davon aus, er meint auch die Bayerinnen an der Hochschule.

Diese Forderung stellt er vor dem Hintergrund der niedrigen Abiturquote, vor dem Hintergrund höchst unsozialer Studiengebühren! Unter diesen Vorgaben ist das wirklich eine Aufgabe. Ich wünsche ihm viel Erfolg dabei.

Ich muss auch sagen, dass der Bildungsgipfel nicht zukunftsweisend gewesen ist. Der Bedarf an Ganztagschulen ist weitaus höher als die geplante Steigerung auf 21 % in zehn Jahren. In zehn Jahren!

Wenn wir unser Augenmerk auf die lenken, die ich am Anfang erwähnt habe, auf die Personen, die in Armut leben, die an der Grenze zur Armut leben und die Risiken tragen müssen, dann gehört auch die ganzheitliche Bildung an allen Schulen dazu. Hierzu gehört auch die flächendeckende Schulsozialarbeit, und zwar staatlich finanziert.

Dazu gehört ein kostenloses gesundes Mittagessen für alle Kinder in allen Schularten. Dazu gehört auch der Ausbau der Arbeitswelt bezogenen Jugendsozialarbeit und die Abschaffung der JoA-Klassen, der Klassen für Jugendliche ohne Ausbildungsplätze. Das hat übrigens auch der Oberste Rechnungshof vor Jahren gefordert. Unsere Initiativen hierzu wurden von Ihnen aber immer wieder abgelehnt.

Es gibt in Bayern schlechthin keine Bildungsgerechtigkeit. Das stand bereits im ersten Sozialbericht, und seither hat sich fast nichts geändert.

Frau Ministerin, Sie haben die Menschen mit Behinderung angesprochen, leider aber nur den Teil mit Beschäftigung. Es stimmt, es ist gut und richtig, dass wir da weitergekommen sind, dass der Freistaat Bayern endlich seine Beschäftigungsquote erfüllt.

Integration: Handlungsbedarf um den Kindern Chancen zu eröffnen

Die Integration von Kindern mit Behinderung im Kindergarten und in der Schule haben Sie ausgelassen. Aber genau da liegt der Schlüssel zu einer Teilhabe am gesamtgesellschaftlichen Leben. Hier haben wir Handlungsbedarf. Bei der Frühförderung angefangen, über alle Altersklassen hinauf, um die Eltern zu unterstützen und um den Kindern Chancen zu eröffnen.

Ebenso haben Sie das Leben von Menschen mit Behinderung im Alter ausgelassen. Wir brauchen zum Beispiel Wohnformen, wir brauchen Tagesstrukturen, denn nicht jeder, der im Alter die Werkstätten für Menschen mit Behinderung verlässt, ist pflegebedürftig. Die Betroffenen sind oft noch sehr agil und auch mobil. Für sie brauchen wir ein Konzept, und das fehlt bisher.

Die soziale Lage von Frauen in Bayern ist ein besonderes Kapitel, denn genau sie sind es, die alleinerziehend - oder auch nicht -, mit Familie - oder auch nicht -, ob jung oder alt, große Risiken tragen. Es sind die Frauen, die trotz besserer Schulabschlüsse und besserer Berufs- und Studienabschlüsse noch immer ein geringeres Einkommen haben als der männliche Teil der Bevölkerung. Es sind die Frauen, die einen Karriereknick hinnehmen müssen, wenn sie sich für Kinder entscheiden und später wieder in den Beruf einsteigen wollen. Es ist ein Skandal, dass Frauen durchschnittlich einen 22 % niedrigeren Bruttolohn haben als Männer.

Es kann auch nicht trösten, dass das vor zehn Jahren noch über 30 % waren. Frauen bekommen später weniger Rente, auch das ist ein Skandal. Wenn ich mir ansehe, dass die Durchschnittsrente von Frauen in Bayern 498 Euro pro Monat beträgt, während es bei den Männern 955 Euro sind. Der zentrale Schlüssel ist hier, wie in vielen Bereichen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Das ist wahr, da stimme ich Ihnen zu. Ausreichende Angebote für Kindertagesstätten, Ganztagschulangebote und Kinderbetreuungsangebote sind Netze, aber das sind nicht nur Netze für Frauen - auch da haben Sie recht -, sondern auch für Männer. Darum ärgert es mich ganz besonders, dass auf der rechten Seite des Hauses, wie auch in Berlin, Abgeordnete der Union sich despektierlich bei der Einführung des Elterngeldes ausgesprochen haben. Es wurde gesagt, die zwei Monate wären ein Windel-Volontariat, und das bräuchte es nicht. Ich halte das

für skandalös. Diese Denkweise gehört nicht nur ins letzte sondern ins vorletzte Jahrhundert. Daran müssen Sie arbeiten.

Sie sprechen das Landeserziehungsgeld an, Frau Ministerin. Wenn man im Kürzungshaushalt 2004 erst massiv kürzt und sich hinterher beklatschen lässt, ist das ein merkwürdiges Unterfangen. Wir sagen: Statt eines Landeserziehungsgeldes, das den wenigsten hilft, weil es nämlich hinten und vorne nicht reicht, ist es besser, eine kostenfreie Kinderbetreuung einzuführen. Davon haben die Familien und die Kinder etwas.

**Es fehlen Pflegefachkräfte,
es wird zu wenig ausgebildet.**

Frau Ministerin, offenbar ist das Credo des Herrn Ministerpräsidenten, "Keinen über 60", bei Ihnen schon in Fleisch und Blut übergegangen. Über ältere und pflegebedürftige Menschen haben Sie in Ihrer Regierungserklärung keinen Satz verloren. Die Lebenserwartung steigt mit regional großen Unterschieden. Wir müssen aber im Kopf behalten und danach fragen, was dann passiert. Wir haben einerseits sehr aktive ältere Menschen, die sich über die Maßen ehrenamtlich engagieren, so der Sozialbericht. Andererseits zeigt er einen Handlungsbedarf im Bereich der Pflege. 10,8 % aller über 65-Jährigen sind pflegebedürftig; 33 % aller über 85-Jährigen - ein Drittel - lebt in Heimen, zwei Drittel leben zu Hause. Die demografische Entwicklung holt uns hier ein. Daran ist gar nichts schlecht. Wir brauchen aber die Rahmenbedingungen dafür.

Wir brauchen Wohnformen, Betreuungsformen, Familienentlastung und die Vernetzung von stationären und ambulanten Strukturen. Wir steuern auf einen Pflegenotstand zu. Uns fehlen Pflegefachkräfte, und zwar nicht nur in den Städten und Ballungsräumen sondern auch in den ländlichen Räumen. Ich weiß, wovon ich rede, und auch Herr Dr. Beyer weiß, wovon er redet. Wir sind nämlich beide im sozialen Bereich sehr engagiert. Es fehlen Pflegefachkräfte, es wird zu wenig ausgebildet. Hier stellt sich die Frage nach einer Ausbildungsumlage für Pflegekräfte. Da muss endlich gehandelt werden. Was sagen Sie dazu, Frau Sozialministerin? - Schweigen.

**Kürzungshaushalt 2004: die Betroffenen
leiden immer noch darunter.**

Kolleginnen und Kollegen, der nicht unwichtige Aspekt der Gesundheit ist im Sozialbericht leider sehr wenig ausgeprägt. Bemerkenswert sind der Anstieg von psychischen Erkrankungen und die hohe Suizidrate, drei Viertel sind Männer. Die Suizidrate ist höher als im Rest der Bundesrepublik Deutschland.

Der letzte Sozialbericht hat regionale Gesundheitsrisiken aufgezeigt. Diese finden sich hier nicht mehr. Der Aspekt des Nichtraucherschutzes und die Folgen des Rauchens sind im nächsten Sozialbericht vertiefend zu analysieren. Die künftige flächendeckende medizinische Versorgung ist eine gute Forderung - wie wahr. An der Umsetzung muss intensiv gearbeitet werden, auch an der Finanzierung der Krankenhäuser.

Die Folgen des Kürzungshaushaltes 2004 sind immer noch vorhanden, und die Betroffenen leiden immer noch darunter. der Vorsitzende der AWO in Bayern, Dr. Thomas Beyer, spricht hier von der sozialen Kälte.

Prälat Zerrle von der Caritas warnt vor einem erneuten Sparprogramm, gerade vor dem Hintergrund der wirtschaftlich schwierigen Lage. Er sagt, die Wunden des Sparprogramms

von 2004 sind noch nicht verheilt. Es hat insbesondere Familien, Menschen mit Behinderung, Wohnungslose und sozial ohnehin schwache Menschen getroffen. Die Wohlfahrtsverbände konnten Modernisierungsinvestitionen in ihren Pflegeheimen, in Jugendhilfeeinrichtungen und in Behindertenheimen nicht wie geplant durchführen. Das darf nicht wieder passieren. Politik, sagt er, muss wertorientiert sein. - Recht hat er.

Frau Ministerin, der Koalitionsvertrag enthält die Vereinbarung für eine jährliche Berichterstattung zur sozialen Lage in verkürzter Form. Darüber können wir gerne reden. Es gibt die Aussage der Institute im Sozialbericht, dass eine kontinuierliche Berichterstattung und eine Vertiefung einzelner Aspekte anzustreben sei. Das kann ich nur unterstützen.

Wir müssen in diesem Zusammenhang auch über öffentliche Armut reden. Das ist ein Kapitel, das im Freistaat Bayern bedenkliche Ausmaße annimmt.

Der endlich vorgelegte zweite Sozialbericht ist es wirklich Wert, dass wir uns intensiv und ausführlichst Kapitel für Kapitel damit beschäftigen. Wir werden ihn in den einzelnen Ausschüssen beraten und diskutieren. Wir werden diesen Sozialbericht auch mit den Wohlfahrtsverbänden, den Gewerkschaften und den Sozialpartnern diskutieren, also mit allen, die betroffen sind, und Handlungsoptionen entwickeln.

Der Bericht, Kolleginnen und Kollegen, ist eine Grundlage dafür, ein soziales, solidarisches und gerechtes Bayern zu verwirklichen. Dafür haben wir viel zu tun; denn im Lichte des wohlhabenden Landes Bayern gibt es leider noch viel zu viel Schatten. Das muss sich ändern.